

Impulse der Versöhnung werden durch  
afrozentristische Parolen übertönt

# Südafrika unter Druck

Rolf Lange

An Wochenenden pflegte Patrick „Terror“ Lekota das Rugby-Stadion aufzusuchen, um gemeinsam mit den primär weißen Zuschauern den Spielern auf dem Rasen zuzujubeln. Der ANC-Politiker Lekota, der sich seinen furchterregenden Spitznamen beim Fußballspielen erworben hatte, war Regierungschef der südafrikanischen Provinz Free State. Er wusste um die Sportbegeisterung, die nahezu alle seine Landsleute, gleich welcher Hautfarbe, teilten. So nutzte er Sportveranstaltungen, um eine gemeinsame Identität der Südafrikaner zu fördern und für die nationale Aussöhnung zu demonstrieren. Ebenso hielt es sein Parteifreund und Präsident Nelson Mandela – nun, am 11. Februar seit zehn Jahren in Freiheit –, indem dieser mit Vorliebe die „Springboks“, die mittlerweile multiethnische Fußballnationalmannschaft Südafrikas, anfeuerte.

Das war in den Jahren 1994 und 1995. Aufbruchstimmung und Optimismus hatten weite Teile der Bevölkerung erfasst. Nach den ersten demokratischen Wahlen war die politische Wende vollzogen, jetzt galt es, gemeinsam an einer friedlichen und versöhnlichen Zukunft zu bauen.

Indes war allen Beteiligten klar, dass eine Versöhnung nur gelingen konnte, wenn die durch die Apartheid geschaffenen sozio-

ökonomischen Disparitäten beseitigt und soziale Gerechtigkeit realisiert würde. Der African National Congress (ANC) als größte Regierungspartei hatte sich mit dem „Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm“ (RDP) das ehrgeizige Ziel gesetzt, innerhalb weniger Jahre entscheidende Fortschritte auf dem Weg zu sozialer Gerechtigkeit und verbesserten Lebensbedingungen für die bislang diskriminierten Bevölkerungsteile zu machen: Bis 1999 sollten eine Million Wohnungen gebaut, 2,5 Millionen Haushalte elektrifiziert und zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Doch die Euphorie machte rasch der Ernüchterung Platz: Zwei Jahre später wies die Bilanz lediglich 12 000 Wohnungen und 300 000 Elektrifizierungen auf, zudem war die Arbeitslosigkeit um eine halbe Million gestiegen.

Eine unmittelbare Wende ist nicht in Sicht. Während es sich die Regierung zum Ziel setzte, bis 2000 ein Wirtschaftswachstum von sechs Prozent zu erreichen, halten Experten einen Anstieg von weniger als einem Prozent sowie ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit für realistisch. Der Aufbau arbeitsintensiver Klein- und Mittelbetriebe, etwa in der Landwirtschaft, geht zu langsam voran. Darüber hinaus dämpft die Militanz der Arbeiterschaft, die häufig auch aus po-

litischen Gründen streikt, die Investitionsbereitschaft ausländischer Unternehmen. Auch Gewalt und Kriminalität wirken sich nachteilig auf die Wirtschaftsentwicklung aus.

Angesichts ausbleibender rascher Erfolge ist die Stimmung gedämpft. Schwarze Südafrikaner warten ungeduldig auf Besserung und verlangen, mehr und gezielter gefördert zu werden. Weiße Südafrikaner fürchten in diesem Zusammenhang, Nachteile zu erleiden, und noch immer wirkt die alte Schwarz-Weiß-Dichotomie nach.

---

### Regierung ohne Opposition?

---

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung befassten sich Experten im In- und Ausland zunehmend skeptisch mit der Stabilität der Demokratie. In diesem Zusammenhang wurden auch die Auswirkungen der Krise auf das Parteiensystem diskutiert. Würden radikale Kräfte verstärkten Zulauf bekommen? Oder könnten demokratische Oppositionsparteien schlüssige Konzepte präsentieren und damit ihre Stellung im „neuen Südafrika“ festigen? Wie würde der ANC auf solche Entwicklungen reagieren?

Tatsächlich sah sich der ANC, der bei den Wahlen 1994 über 62 Prozent der Stimmen erhalten hatte, schon bald verstärktem Druck ausgesetzt. Insbesondere aus Reihen der South African Communist Party (SACP) und des Gewerkschaftsverbandes COSATU, mit denen er seit den Jahren des Befreiungskampfes verbündet war, wurde heftige Kritik geäußert. Während der ANC für marktwirtschaftliche Instrumente eintrat, forderten die revolutionär ausgerichteten Kommunisten und Gewerkschafter Verstaatlichung und Arbeitsplatzgarantien, um der hohen Beschäftigungslosigkeit Herr zu werden.

Für den ANC stellte dies insofern eine Herausforderung dar, als er befürchten musste, dass radikale Kräfte, die der Bevölkerung scheinbar eingängige Rezepte für den sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung präsentierten, an Zulauf gewinnen und zu einer ernsthaften politischen Konkurrenz werden könnten.

Mandelas Nachfolger als ANC-Chef, Thabo Mbeki, reagiert auf diese Entwicklung, indem er anders als dieser nicht die nationale Aussöhnung in den Mittelpunkt seiner Politik stellt. Symbolhaft beschwört Mbeki vielmehr die „African Renaissance“ und kreierte damit eine afrozentristische Politikstrategie, die darauf gerichtet ist, die bislang benachteiligten Schwarzen besonders zu fördern. Dies findet seinen Ausdruck zum Beispiel in einer Bestimmung, der zufolge private Unternehmer von Staats wegen verpflichtet werden, vermehrt Schwarze einzustellen beziehungsweise auszubilden. Hintergrund dieser Politikstrategie ist der Versuch, Stimmenverluste in Richtung der revolutionären Linken durch Zugewinne aus dem afrikanistischen Lager zu kompensieren.

---

### Interne Kritik

---

Mit Kritik sah sich die Partei auch von Seiten ihrer eigenen Repräsentanten auf Provinzebene konfrontiert. Zahlreiche Provinzpremierminister forderten weiterreichende politische Kompetenzen sowie eine vermehrte Autonomie für ihre Subsysteme, während die Parteiführung auf Bundesebene dahin tendierte, politische Entscheidungen „von oben“ zu delegieren und damit für landesweit einheitliche Standards zu sorgen. Einige dem ANC angehörende Provinzpremiers forderten „maximum powers to be able to govern“, weil sie die Meinung

## Südafrika unter Druck

vertraten, der Wohnungsbau, die Lösungssozialer Probleme und die regionale Wirtschaftsförderung ließen sich besser von der zweiten Regierungsebene aus bewerkstelligen. Daraufhin sorgte der ANC auf Bundesebene jedoch dafür, dass per Verfassungsklausel ein Prinzip der „kooperativen Regierung“ eingeführt wurde, das der Zentralregierung die Möglichkeit gibt, ihren Einfluss auf untergeordnete Regierungsebenen noch zu verstärken.

Bisher ist es der ANC-Führung gelungen, innerparteiliche Kritiker zu disziplinieren, wobei sie auch zu verfassungsrechtlich bedenklichen Mitteln griff. So setzte sie die komplette Regierung der Provinz Free State ab und enthob sie ihrer Parteiämter, weil Patrick Lekota Korruptionsvorwürfe gegen Funktionäre seiner Partei erhob und darüber hinaus einen der weißen Bevölkerung gegenüber zu versöhnlichen Kurs eingeschlagen hatte.

### Drohende Verfassungsänderung

Während Anfang 1999, wenige Monate vor den zweiten demokratischen Wahlen, Stimmenverluste zwar nicht auszuschließen waren, so galt es doch als sicher, dass der ANC seine absolute Mehrheit im Bund und den meisten Provinzen würde verteidigen können. Die Partei selbst gab sich zuversichtlich und strebte eine Zwei-Drittel-Mehrheit an, was politische Beobachter mit Sorge erfüllte. Zwar ist es zweifellos legitim, dass eine Partei bestrebt ist, so viele Stimmen wie möglich zu erzielen. Jedoch fürchten nicht nur politische Konkurrenten des ANC, dass dieser bei einer Zwei-Drittel-Mehrheit willkürlich die Verfassung ändern könnte. Nahrung erhalten solche Befürchtungen etwa durch Äußerungen von ANC-Funktionären, die Verfassung solle zum Beispiel hinsicht-

lich der Eigentumsrechte und der Stellung der Justiz „weiterentwickelt“ werden.

Vor diesem Hintergrund ist es um so wichtiger, dass in Südafrika eine handlungsfähige Opposition als Korrektiv gegenüber einer potenziell allmächtigen Regierung aufgebaut wird. Wie stehen die Chancen hierfür?

### Vereinnahmende Koalition

Festzuhalten ist zunächst, dass eine wirkungsvolle parlamentarische Opposition in Südafrika weder zu Zeiten der Apartheid noch nach der politischen Wende existent war. In den Verhandlungen um den politischen Übergang hatten die National Party des Expräsidenten de Klerk und der ANC als Kompromisslösung eine zeitlich begrenzte Machtteilung der einflussreichsten Parteien vereinbart. So wurde die neue Regierung aus ANC (62 Prozent), NP (zwanzig Prozent) und Inkatha Freedom Party (zehn Prozent), einer die Partikularinteressen der Zulu repräsentierenden Partei, gebildet. Diese Regierung verfügte über 377 der 400 Parlamentssitze.

Den beiden kleineren in der Regierung vertretenen Parteien kam folglich eine Zwitterstellung als „Opposition in der Regierung“ zu. Die IFP unter Führung des Zulu-Chiefs und Innenministers Mangosuthu Buthelezi verstand es, durch eine Mischung aus Kooperation und Verweigerung diese Rolle ohne großen Ansehensverlust bei ihren Anhängern auszufüllen. So erwarb sich Buthelezi einerseits Verdienste, weil es ihm als Innenminister gelang, die politische Gewalt, die nicht zuletzt aus Rivalitäten zwischen ANC- und IFP-Anhängern resultierte, einzudämmen. Andererseits machte er seine oppositionelle Haltung gegenüber dem ANC deutlich, indem er etwa den Auszug

seiner Partei aus der ANC-dominierten Verfassunggebenden Versammlung beschloss, deren Aufgabe es war, die (mittlerweile in Kraft getretene) endgültige Verfassung auszuarbeiten. Buthelezi, einst einer der stärksten Widersacher des ANC, verstand es auf diese Weise, seine Partei trotz ihrer Koalition mit dem mächtigen ANC zu profilieren. Anders als die IFP ging die National Party deutlich geschwächt aus der Koalitionsregierung mit dem ANC hervor. Es stellte sich rasch heraus, dass die NP nicht über die Rolle eines Juniorpartners des ANC hinauskam. Zwar gelang es ihr gelegentlich, Kabinettsentscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen und zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik den ANC von ihrer Linie zu überzeugen. Die Früchte dieser Arbeit erntete aber der ANC, der in den Medien für seine moderate Wirtschaftspolitik gelobt wurde. Die NP dagegen sah sich dem zunehmenden Druck ihrer Anhänger ausgesetzt, die der Partei vorwarfen, sich gegenüber dem ANC nicht hinreichend durchsetzen zu können. So haftete der NP das Image des „Jasagers“ an, der dem ANC nicht Substantielles entgegenzusetzen hatte. Ein eigenständiges politisches Profil, mit dem sich auf Dauer eine Mehrheit gewinnen ließ, konnte die NP auf diese Weise nicht schaffen.

Vor diesem Hintergrund beschloss die Partei, ihre Strategie grundlegend zu ändern. Sie trat aus der Regierung aus, um in neuer Rolle als Oppositionspartei deutlicher als politische Alternative wahrgenommen zu werden. Altgediente Politiker, etwa Expräsident de Klerk und seine früheren Minister Pik Botha und Hernus Kriel (mittlerweile Regierungschef in der Provinz Western Cape), zogen sich von ihren Ämtern zurück und überließen unbelasteteren Politikern das Feld. Darüber hinaus wurden auch die Symbole sowie der Name der Partei geändert:

Die schlichte Umbenennung in New National Party (NNP) mutete jedoch halbherzig an.

---

### Der Weg zu einem neuen Image

---

Auf dem Weg zu einem neuen Image als multiethnischer Massenpartei setzte die NNP in ihrer Hochburg Western Cape erstmals einen Nichtweißen in eine herausragende politische Position. So wurde der farbige Politiker Gerald Morkel zum neuen Regierungschef dieser Provinz gewählt. Anders als sein Vorgänger Hernus Kriel, der in seiner Politik immer auf die Angst der Minderheiten vor der „schwarzen Gefahr“ gesetzt hatte, bemühte sich Morkel darum, auf die schwarze Bevölkerung zuzugehen, etwa indem er dem ANC in Western Cape ein Kooperationsangebot machte. Hierauf ging jedoch der ANC, insbesondere auf Betreiben Mbekis, der die Mehrheit im Westkap anstrebte, nicht ein.

Das Bemühen der NNP um Profil und ein neues Image trug keine Früchte – im Gegenteil. Die personellen Veränderungen brachten der Partei nicht den erhofften Zulauf aus den Reihen der schwarzen Wähler. Vielmehr verzeichnete die NNP angesichts des Rückzugs ihrer bei den Weißen beliebten Galionsfiguren de Klerk und Pik Botha Sympathieverluste. Unter ihrem neuen Vorsitzenden Marthinus van Schalkwyk bot die Partei nur matte, unkoordinierte Oppositionsarbeit, die sich darauf konzentrierte, Fehler des ANC anzuprangern, dabei aber keine Alternativkonzepte anzubieten, die einer breiten Öffentlichkeit vermittelbar gewesen wären.

Je mehr sich der Eindruck verdichtete, die NNP sei orientierungslos, primär mit sich selbst beschäftigt und ohne tragfähige politische Vision, desto mehr erwuchs ihr Kon-

**Südafrika unter Druck**

kurrenz aus den Reihen anderer Oppositionsparteien. Dies betraf insbesondere die Democratic Party (DP), die einzige Parlamentspartei, die im „alten Südafrika“ die Apartheid offen bekämpft hatte. Bei den Wahlen 1994 hatte die DP mit nur 1,7 Prozent der Stimmen ein katastrophales Wahlergebnis erzielt. Jedoch war es ihr, bedingt durch die Erfolglosigkeit der NP sowie durch eigenes politisches Geschick, gelungen, ihre Anhängerbasis zu vervielfachen. Pragmatisch orientierte sie sich in ihrer Politik auf urbane Zentren, setzte sich dort für mehr Autonomie der Kommunen ein und profilierte sich als Interessenvertreterin kleiner und mittelständischer Gewerbetreibender. Darüber hinaus verstand sie angesichts der wachsenden Kriminalitätsrate, sich das Thema Innere Sicherheit zu eigen zu machen, was ihr weitere öffentliche Beachtung eintrug. Kurz vor den Parlamentswahlen 1999 galt es als möglich, daß die DP die NNP als stärkste Oppositionspartei überflügeln könnte.

---

**Neue Parteigründung**


---

Eine weitere Verschiebung im Parteiensystem ergab sich mit der Neugründung der United Democratic Movement (UDM), einer Partei, die es rasch verstand, öffentliche Beachtung zu erzielen. Leitfiguren der UDM waren ihr Parteichef Bantu Holomisa, der ehemals dem ANC angehört hatte, jedoch mit dessen Politik unzufrieden war, sowie sein Stellvertreter Roelf Meyer, der de Klerks Chefunterhändler im Demokratisierungsprozess gewesen war. Meyer hatte die NP verlassen, weil diese sich nicht konsequent zu einer glaubhaft nicht-rassistischen Partei gewandelt habe. Die UDM, deren soziologische Zusammensetzung auffallend jener der südafrikanischen Gesellschaft äh-

nelt, hat das Ziel, einen „New South-Africanism“ zu schaffen. Sie versteht sich als politische Verkörperung des neuen Südafrika und will eine liberale politische Plattform der Versöhnung für alle Rassen, Ethnien und Religionen sein. Die UDM setzt sich für die Verbesserung der sozialen Bedingungen ein und möchte sozialen Aufstieg „eher durch Wirtschaftswachstum als durch Umverteilung“ erreichen. Umfragen zufolge war es der UDM bis 1999 gelungen, etwa sechs Prozent der Wähler für sich einzunehmen, wobei es sich primär um unzufriedene ehemalige ANC- und NP-Anhänger handelte.

Betrachtet man die Entwicklung der Opposition, so ist festzustellen, dass diese trotz ihrer durch den Seitenwechsel der NNP bedingten zahlenmäßigen Aufwertung von 23 auf 115 Parlamentssitze noch immer wenig Spielraum hatte für eine nachweisbar erfolgreiche Oppositionspolitik. Zwar erzielten mit DP und UDM zwei Oppositionsparteien beachtliche Sympathiegewinne bei den Wählern, jedoch gingen diese primär zu Lasten der NNP, so dass innerhalb der Opposition eine Umverteilung stattfand, die dieser insgesamt gesehen aber keinen Zuwachs an Macht und Einfluss bescherte.

Wenn der Opposition auf Bundesebene keine Expansion möglich war, so war es aber doch interessant zu untersuchen, ob das im Zuge der Demokratisierung neu geschaffene föderative System eine Möglichkeit bot, von der zweiten Regierungsebene her eine effektive Politik gegenüber dem ANC zu betreiben. Bislang stellte der ANC in sieben der neun Provinzen die Regierung, während in der Provinz KwaZulu-Natal die IFP sowie in Western Cape die NNP regierte. Da laut Verfassung die ablehnenden Voten von mindestens vier Provinzen erforderlich sind, um bestimmte durch das

nationale Parlament beschlossene Gesetze zurückzuweisen, wurde in Oppositionskreisen diskutiert, ob in zwei weiteren Provinzen Mehrheiten jenseits des ANC zu erlangen seien, die einen derartigen Einfluss auf die Bundespolitik erlaubten.

Spekuliert wurde insbesondere auf Machtwechsel in den Provinzen Northern Cape und Gauteng, dem urban-industriellen Ballungszentrum Johannesburg/Pretoria. Hier hatte der ANC bei den zurückliegenden Wahlen lediglich knappe Mehrheiten erzielt, und ein Machtwechsel galt in diesen Provinzen zwar als unwahrscheinlich, aber immerhin als denkbar.

---

### Die Wahlen von 1999

---

Jegliche Spekulationen über eine gestärkte Opposition, die die Machtfülle des ANC hätte einschränken können, wurden am Wahltag ad absurdum geführt. Gegenüber 1994 baute der ANC seine Macht aus, während die Opposition stagnierte: Der African National Congress legte 3,7 Prozent zu und kam auf 66,35 Prozent. Die Zwei-Drittel-Mehrheit, die zu alleinigen Verfassungsänderungen berechtigt hätte, hatte er damit denkbar knapp verfehlt. Die Inkatha erreichte 8,6 Prozent, die DP verfünffachte ihr Ergebnis (9,6), während die NP zwei Drittel ihrer Wählerschaft verlor (6,9). Die neu geschaffene UDM blieb hinter ihren Erwartungen zurück und erzielte 3,4 Prozent der Stimmen. In sieben der neun Provinzen hielt der ANC seine absolute Mehrheit und konnte darüber hinaus in ebenfalls sieben Provinzen seine Ergebnisse verbessern, darunter auch in KwaZulu-Natal und Western Cape. Zugleich verloren die IFP und die NP hier ihre absoluten Mehrheiten. Damit war es der Opposition nicht gelungen, Wählerstimmen aus dem Lager des ANC zu gewin-

nen oder sich in den Provinzen eine Plattform für mehr politischen Einfluss zu schaffen.

Unterdessen beschlossen ANC und Inkatha, ihre Koalition auf Bundesebene fortzusetzen. Auch in KwaZulu-Natal entschied man sich für eine gemeinsame Regierung. Bemerkenswert ist das offensichtliche Bemühen des ANC um ein gutes Verhältnis zu seinem politischen Partner. In KwaZulu-Natal war es keiner der beiden Parteien gelungen, eine regierungsfähige Mehrheit zu gewinnen. Freiwillig verzichtete daraufhin der ANC-Kandidat zu Gunsten des IFP-Vertreters auf den Posten des Premierministers. Politiker beider Parteien lobten ihr Bündnis als Schritt auf dem Weg zu Wohlstand und Frieden.

Wie ist dieser Annäherungskurs nach den Jahren erbitterter Rivalität zu erklären? Zum einen muss dem ANC daran gelegen sein, politische Fortschritte nicht durch unnötige Provokationen der IFP zu gefährden, deren Anhängerschaft ein beachtliches Gewaltpotenzial zugeschrieben wird. Zum anderen entspricht es der Politik Thabo Mbekis, potenzielle Konkurrenten und Widersacher „einzubinden“. Es erscheint plausibel, dass Buthelezi und die IFP auf diese Weise politisch neutralisiert werden sollen.

---

### Verschärfte Tonart des ANC

---

Während sich der ANC der Inkatha gegenüber moderat zeigt, legt er gegenüber NNP und DP Kompromisslosigkeit an den Tag. Beide Parteien bilden in Western Cape eine Koalitionsregierung. Auf die Tatsache, dass dieser kein einziger schwarzer Politiker angehört, reagierte der ANC mit einem Boykott der Vereidigungszeremonie. Der ANC bezichtigte die Provinzregierung, die Schwarzen wieder marginalisieren und die Armen

in der Gesellschaft gängeln zu wollen. Die verschärfte Tonart ist ein weiteres Indiz für den afrozentristischen Politikstil des neuen Präsidenten, der kurz vor den Wahlen noch beklagt hatte, in Südafrika gebe es „zu viel Versöhnlichkeit“.

Eine derartige Rabulistik versetzt Teile der Öffentlichkeit ebenso in Sorge wie auch ein Positionspapier des ANC, dem zufolge die Partei die Kontrolle über alle Machtzentren gewinnen müsse, das heißt über „Armee, Polizei, öffentlichen Dienst, Geheimdienst, Gerichtswesen, Staatsunternehmen, öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio, Notenbank und so weiter“. Es mag dahingestellt bleiben, ob es sich bei diesem bereits vor der Wahl veröffentlichten Papier lediglich um ein taktisches Manöver handelte, das dazu diente, radikale Kräfte weiter an den ANC zu binden und Abspaltungen vorzubeugen.

Wird Südafrika zum Einparteienstaat? Ein solches Szenario ist vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklung denkbar, aber keineswegs zwingend. Zwar stagniert die Opposition auf niedrigem Niveau, während der ANC über Politik und Verfassung auch ohne Zwei-Drittel-Mehrheit künftig nahezu allein bestimmen kann, jedoch steht Mbeki trotz seiner Mehrheit unter Zugzwang. Gelingt es ihm nicht, die drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, wird der Druck von der Straße zunehmen. Dann könnte die Stunde radikalsozialistischer Reformen aus den Rei-

hen der SACP und COSATU schlagen. Diese könnten sich aus der Allianz mit dem ANC zurückziehen, um eine politische Kraft links von diesem zu etablieren. Der ANC wäre in diesem Fall vermutlich auf Koalitionspartner angewiesen.

Denkbar ist indes, dass Mbeki diese bei den Vertretern der weißen Minderheit suchen wird: Wenn Arbeitslosigkeit und soziale Missstände nicht behoben werden und die immer gewalttätigere Kriminalität weiter ansteigt, dann könnte sich der ANC genötigt sehen, die Stabilität durch ein Notstandsregime aufrechtzuerhalten. Politische Beobachter gehen davon aus, dass dies nicht ohne die Kooperation der Weißen, die nach wie vor Schaltstellen in Bürokratie und Sicherheitskräften besetzen, möglich sein dürfte.

Es ist offen, welchen Weg Südafrika in Zukunft einschlagen wird. Sicher ist dagegen, dass das Land sich nur wird stabilisieren können, wenn es gelingt, die Lebensbedingungen zu verbessern, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und damit in der Bevölkerung die Trägerschichten der Demokratie zu festigen. Dies erfordert das Mitwirken aller Teile der Gesellschaft, und das heißt auch, dass allen Teilen der Gesellschaft die Mitwirkung möglich sein muss. Insofern wäre Mbeki gut beraten, als Präsident aller Südafrikaner aufzutreten, den Versöhnungskurs seines Vorgängers fortzuführen und Integrationsimpulse zu setzen, statt zu polarisieren.

### Ungelöst

*„Es ist ein großer Irrtum zu glauben, dass Menschheits-Probleme ‚gelöst‘ werden. Sie werden von einer gelangweilten Menschheit liegen gelassen.“*

*Kurt Tucholsky (1890–1935)*